

IWH-Pressemitteilung 7/2015

Halle (Saale), den 27. Februar 2015

Gemeindegebietsreformen beschönigen Bevölkerungsentwicklung der meisten ostdeutschen Städte

Die meisten ostdeutschen Städte hätten in den heutigen Gebietsgrenzen seit dem Jahr 1990 größere Bevölkerungsverluste erlitten. In einigen Städten wäre die Bevölkerung sogar geschrumpft anstatt zu wachsen. Bei einem bloßen Vergleich der von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Einwohnerzahlen ist dies in vielen Fällen nicht erkennbar. Durch die Gemeindegebietsreformen kamen in vielen Fällen ehemals selbstständige Gemeinden zum Stadtgebiet hinzu. Diese territorialen Veränderungen wirken sich auch auf die Entwicklung der Einwohnerzahlen aus und sollten für einen aussagefähigen Städtevergleich berücksichtigt werden. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat für 132 Städte Ostdeutschlands untersucht, wie sich deren Einwohnerzahl seit dem Jahr 1990 auf der Basis der aktuellen Gebietsgrenzen entwickelt hat.

In den Neuen Bundesländern ist die Zahl der Gemeinden vor allem infolge von Gemeindegebietsreformen seit dem Jahr 1990 von 7 613 auf 2 674 (Stand zum 31.12.2014) zurückgegangen. Nur 18 der 132 untersuchten Städte hatten bereits im Jahr 1990 ihre heutige Ausdehnung. Hierzu gehören z. B. Falkensee, Halle (Saale) oder Weißwasser/Oberlausitz. In allen anderen Fällen kamen zuvor selbstständige Gemeinden zum Stadtgebiet hinzu.

Als Folge dieser Gemeindegebietsreformen weist die amtliche Statistik ein größeres Einwohnerwachstum (bzw. einen geringeren Bevölkerungsverlust) aus, als nähme man die konstanten Gebietsgrenzen des Jahres 2013 an. In 19 Fällen kehrt sich das amtlich ausgewiesene positive Bevölkerungswachstum in einen Bevölkerungsrückgang um, wenn in konstanten Grenzen gemessen wird. Zu diesen Städten zählen z. B. Bad Langensalza, Leipzig, Ludwigsfelde sowie viele Städte Sachsen-Anhalts, deren Territorium sich im Zuge der Gemeindegebietsreform von 2009 bis 2011 stark vergrößert hat. In den meisten der 132 Städte – aber nicht in allen – war die Bevölkerungsentwicklung in konstanten Grenzen rückläufig, und zwar in einem breiten Spektrum mit unterschiedlichen Tendenzen, die zu unterschiedlichen Mustern von Wachstumsverläufen verdichtet werden können.

Die Bevölkerungszahlen der amtlichen Statistik spiegeln die demographische Entwicklung der Städte also nur bedingt wider, denn sie werden lediglich auf der Grundlage von Fortschreibungen und Volkszählungen zum jeweiligen Gebietsstand ermittelt.

Die Einwohnerentwicklung ist ein wichtiger Indikator für die Beurteilung der Perspektiven einer Stadt, für die Wahl kommunalpolitischer Strategien und für Investitions- und Standortentscheidungen von Unternehmen.

Sperrfrist:
2. März 2015
11:30 Uhr

Pressekontakt:
Stefanie Müller
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:
Albrecht Kauffmann
Telefon:
+49 345 7753 773
E-Mail:
akn@iwh-halle.de

Politische Ressorts:
Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
(**BMWi**),
Bundesministerium des
Innern (**BMI**),
Wirtschaftsministerien der
Neuen Länder

**Wissenschaftliche
Schlagwörter:**
Bevölkerungsentwicklung,
Gemeindegebiet, Ost-
deutschland, Städte-
ranking

**Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)**
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Veröffentlichung:

KAUFFMANN, A.: *Im Fokus: Bevölkerungsentwicklung der ostdeutschen Städte seit 1990 – Fiktion oder Wirklichkeit?*, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (1), 2015, 8-11.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Dr. Albrecht Kauffmann

Tel.: +49 345 7753 773, E-Mail: Albrecht.Kauffmann@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Die Aufgaben des **Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.